

# Dat Pöggskén

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

## Guten Tag,

ganz unter dem Eindruck der Haushaltsberatungen, liebe Leserin und lieber Leser, ist für Sie ein neues Pöggskén entstanden. Die Sitzung des Finanzausschusses, in der der Haushaltsentwurf des Bürgermeisters und die Änderungsanträge der Parteien diskutiert werden, haben wir hinter uns, die Ratssitzung zur Verabschiedung des Haushaltes dagegen findet erst nach Redaktionsschluss statt. Ein endgültiges Ergebnis können wir Ihnen also noch nicht vorlegen, aber zunächst ist der Ausschuss dem Bürgermeister im Großen und Ganzen gefolgt.

Und man/frau kann feststellen, dass die aufziehenden Wahlkämpfe bereits ihre Schatten voraus werfen. Der Wahlkampf ist die Blütezeit der Parteien und alle zeigen, was sie können und kehren ihre schönste Seite heraus. Der Eine zeigt die Muskeln her und verteilt Sperrvermerke, der Andere versucht zu werben, indem er seine hübschen Zähne zeigt.

Und was machen die Grünen? Eigentlich dasselbe wie immer: Sie versuchen, sich nicht aufzuregen, arbeiten sich an ihren Themen und ihrem Programm entlang und berichten Ihnen davon im Pöggskén. Wie immer gibt es neben kommunalen Themen auch Berichte zur „großen“ Politik. Nun legen wir unser neues Pöggskén in Ihre Hände, wünschen noch entspannte Ferien und ein schönes Osterfest und bleiben ansonsten ebenfalls das, was wir immer schon waren:



## Zukunftsfähige Grundschule für Westbevern

**Die Vorlagen der Stadtverwaltung für die Sitzung des Schul- und Kulturausschusses am 19.02.2013 hatten im Vorfeld für Unruhe gesorgt, besonders in Westbevern.**

Ein klares Bekenntnis für den Erhalt der Grundschule in

Westbevern standen auf der einen Seite. Auf der anderen die Empfehlung der Festbeschreibung auf Einzügigkeit und die Zusammenführung an einem Standort - Westbeverndorf. Des weiteren wurden Möglichkeiten der Schülerbe-

förderung aufgezeigt.

Die Festlegung auf Einzügigkeit hätte dazu führen können, dass nicht alle Westbeverner Kinder in allen Jahrgängen in Westbevern eingeschult werden können. Auch die aufgezeigten Möglichkei-

ten künftiger Schülerbeförderung ließ Wünsche offen. Es folgten Unterschriftensammlungen, deren Übergabe und es wurden Gespräche geführt zwischen Eltern und Verwaltung. Dies führte zu einer ge-

*Fortsetzung auf Seite 12*

## Wir sind Sekundarschule! Und wie!!

**Wer hätte das gedacht. Nach ersten Befürchtungen, dass das Zukunftsmodell Sekundarschule die ersten Wehen gar nicht übersteht, hat die Verwaltung jetzt einen Antrag auf Vierzügigkeit gestellt.**

Ob die Bezirksregierung uns hier grünes Licht gibt, muss sich zeigen. 23-24er Klassen wären natürlich etwas, was wir uns gerne wünschen würden. Klar ist aber, dass die Sekundarschule mit mindestens 89 Kindern einen sehr guten Start hinlegen wird. An dieser

Stelle kann man sich nur noch mal deutlich bei allen bedanken, die viel Energie und Arbeit in die Vorbereitung gelegt haben. Besonders die Verwaltung und die Abgeordneten LehrerInnen der weiterführenden Schulen haben ihre Hausaufgaben mehr als gut gemacht.

Jetzt gilt es, das Bild der Schule zum Leben zu erwecken. Auf einige Schritte haben wir keinen Einfluss und wir müssen uns hier in Geduld üben. Im Moment fehlt

unserer neuen Schule noch der Kopf. Wir hoffen natürlich schnellstmöglich von der Bezirksregierung den/die neue/n Rektor/in benannt zu bekommen. Denn nur dann kann es auch zügig weitergehen.

Die Zeit bis September wird noch schnell genug vergehen. Wir sind aber sehr zuversichtlich, dass sich hochmotiviertes Personal für unsere neue Schule finden wird, damit die angemeldeten Kinder einen guten Start in ihre weitere

Schullaufbahn erhalten. Sicher wird es auch noch den einen oder anderen Stolperstein geben. Aber klar ist, dass hier eine Schule entsteht, deren Entwicklung auch in unser aller Händen liegt. Wir dürfen und müssen diese Schule weiter begleiten.

Begleitet werden müssen natürlich genauso, die jetzt auslaufend gestellte Haupt- und Realschule, damit auch sie ihre gute Arbeit mit und an unseren Kindern beenden können.

*s.g.*

**Gerechtigkeit**

Wie reich sind wir?

Seite 3

**Fukushima**

Zwei Jahre danach...

Seite 5

**Haushalt 2013**

Leben mit dem Sperrvermerk...

Seite 8+9

**Radschnellwege**

Mit dem Pedelec nach MS...

weniger CO<sub>2</sub>

Seite 6

# "Telgte ist besser"

## Zib ("Zusammen ist besser") hilft Menschen in Not - in Telgte!

In Telgte leben derzeit ca. 25 Asylbewerber und -bewerberinnen. Einer von ihnen ist Shoel Bin Abdulla, der dem Pöggskén am 8. März 2013 ein Interview gab. Das Interview wurde auf Englisch geführt, was für beide Seiten nicht einfach war. Wir versuchen, den Verlauf des Gesprächs für unsere Leser/innen möglichst authentisch wiederzugeben.



Shoel Bin Abdulla

Pöggskén: Mr. Bin Abdulla, aus welchem Land kommen Sie?

Bin Abdulla: Aus Bangladesch.

Pöggskén: Können Sie uns erklären, wo das liegt?

Bin Abdulla: Das liegt nordöstlich von Indien. In der Kolonialzeit war es ein Teil von Britisch-Indien und wurde zusammen mit dem jetzigen Pakistan 1947 als ein Staat unabhängig. 1971 teilte sich dieser Staat in Pakistan und Bangladesch.

Pöggskén: Wir würden uns gerne ein Bild davon machen, wie Sie in Bangladesch gelebt haben. Wovon haben Sie dort gelebt?

Bin Abdulla: Ich war selbstständig und hatte ein Geschäft in Dhaka, in dem wir Halal-Food zubereitet haben.

Pöggskén: Halal ist muslimisch korrekt. Was ist Halal-Food?

Bin Abdulla: Na ja, wir haben Essen nach muslimischen

Regeln zubereitet.

Pöggskén: Sie hatten also ein Restaurant?

Bin Abdulla: Nein. Wir hatten eine große Küche. Das Essen haben wir in Dhaka an verschiedene Kunden verteilt - an Büros, auch an Restaurants. Die Leute konnten bei uns bestellen.

Pöggskén: Sie sagen „bei uns“. Sie haben das Geschäft nicht alleine betrieben?

Bin Abdulla: Nein, ich hatte

Ihre Familie nicht oft gesehen, wenn Ihr Geschäft 200 km entfernt war.

Bin Abdulla: Doch, 200 km ist nicht so weit. Ich konnte alle zwei, drei Wochen für ein paar Tage nach Hause fahren.

Pöggskén: Wie? Mit dem Zug oder dem Auto?

Bin Abdulla: Mit dem Bus. In Bangladesch findet der meiste Verkehr mit dem Bus statt.

Pöggskén: Wo haben Sie in Dhaka gewohnt?

Bin Abdulla: Ich hatte ein Appartement direkt an meinem Geschäft - nur ein Zimmer.

Pöggskén: Sie hatten ein gutes Leben.

Bin Abdulla: Ja, es ging mir gut.

Pöggskén: Wie alt sind Sie?

Bin Abdulla: Ich bin 37 Jahre alt.

Pöggskén: Seit wann sind Sie in Telgte?

Bin Abdulla: Seit dem 15. Oktober 2012.

Pöggskén: Was ist der Grund dafür, dass Sie nach Deutschland gekommen sind?

Bin Abdulla: Der Grund dafür ist, dass ich für ein Bürgermeisteramt kandidiert habe.

Pöggskén: Wie ist das zu verstehen?

Bin Abdulla: Ich bin seit 1988 Mitglied einer sozialistischen Partei, der Jatiyo Sema-jantrik Dal. Meine Partei hat mich in Amanullapur, einer kleinen Stadt mit etwa 10.000 Einwohnern, als Bürgermeisterkandidat aufgestellt. Anhänger der Regierungspartei, Awami League, haben mich darauf hin bedroht. Tatsächlich gab es am Ende Tote. Da bin zu meinem eigenen Schutz und zum Schutz meiner Familie geflohen.

Pöggskén: Es kam zu Todesfällen?

Bin Abdulla: Ja. Man hatte gedroht mich umzubringen. Deshalb bin ich in eine andere Stadt zu meinen Schwiegereltern gefahren. Das hat die Awami League aber herausbekommen. Sie wollten mich nachts überfallen, haben sich aber im Haus geirrt. Im Nachbarhaus wohnte der Bruder meines Schwiegervaters. Der wurde im Schlaf ermordet,

ebenso der Bruder meiner Frau.

Pöggskén: Wann war das?

Bin Abdulla: Ziemlich genau vor einem Jahr, am 11. März 2012.

Pöggskén: Was haben sie dann gemacht?

Bin Abdulla: Ich bin nach Joshar geflohen. Das liegt in der Nähe der Grenze nach Indien. Von dort konnte ich Kontakt zu meinen Parteifreunden und zu meinem Anwalt aufnehmen. Ich erfuhr, dass meine Gegner immer noch nach mir suchten und dass meine Familie untergetaucht war. Seitdem habe ich auch keinen Kontakt mehr zu meiner Familie. Ich weiß nicht, wo sie sind und wie es ihnen geht. Mein Anwalt konnte dafür sorgen, dass ich an mein Geld kam, und im Juni 2012 reiste ich nach Kal-kutta.

Pöggskén: Wie sind sie nach Deutschland gekommen?

Bin Abdulla: Mein Anwalt hat einen Kontakt zu einer Schleuserorganisation aufgebaut. Ich bin dann im September nach Delhi gefahren und von dort aus mit falschen Ausweispapieren nach Frankfurt geflogen. Für die Papiere und den Flug habe ich 10 Laka Taka bezahlt. Das sind etwa 10.000 Euro. Die Papiere haben mir die Schleuser in Frankfurt aber gleich wieder abgenommen.

Pöggskén: Warum sind Sie nicht mit Ihren eigenen Papieren gereist? In Indien hatten Sie doch kein Problem mit den Behörden.

Bin Abdulla: Ich besaß keine Papiere. Das ist in Bangladesch nicht üblich.

Pöggskén: Wie kamen Sie auf Deutschland?

Bin Abdulla: Ich wollte nach Europa. Ich wollte weit weg, und Europa hat bei uns den Ruf, dass einem dort geholfen wird.

Fortsetzung auf Seite 3

### Steckbrief Zib

Im gemeinnützigen Verein „Zib – Zusammen ist besser – Verein für Völkerverständigung Telgte e.V.“ engagieren sich seit mehr als zwei Jahrzehnten Telgter Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Partei- und Konfessionszugehörigkeit, um das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen in Telgte zu fördern. Informationsveranstaltungen und internationale Begegnungsfeste stehen auf dem Programm.

Zib beteiligt sich auch an lokalen und kreisweiten Netzwerken. Die Verbesserung der Situation der Asylbewerber in Telgte liegt dem Verein besonders am Herzen. Seit Dezember 2012 bietet ein ehrenamtlicher Mitarbeiter Asylbewerbern in ihren Unterkünften regelmäßig praktische Ratschläge und Hilfen an.

Daneben macht Zib folgende Angebote:

Beratungsstelle ZibIs: Unterstützung beim Umgang mit Ämtern, Informationen über Fragen des Aufenthalts sowie Hilfe beim Verständnis amtlicher Schreiben und Ausfüllen von Formularen Deutschkurse Internationales Frauencafé für alle interessierten Frauen (immer am 1. Montag im Monat): 10.00 bis 11.30 Uhr im Knickenberghaus. Bei einem kleinen Frühstück bietet sich Gelegenheit zu Kontakt und Gespräch.

Treffen mit Asylbewerbern (jeweils am 3. Mittwoch im Monat): 19.00 bis 21.00 Uhr im Knickenberghaus. Es besteht die Möglichkeit zum Gedankenaustausch zwischen Neankömmlingen und alteingesessenen Telgtern. Das Engagement bei Zib ist ehrenamtlich, neue Mitstreiter sind immer willkommen.

Kontaktadresse: Vereinsvorsitzender Arnold Michels, Kardinal-von-Galen-Platz 9, Telgte; Tel.: 9323112, E-Mail: arnold-michels@gmx.de. Spendenkonto: Zib-zusammen ist besser, Vereinigte Volksbank Telgte eG, Kto.Nr.: 35 46 990 900, BLZ.: 412 626 21

Weitere Details zu Zib finden sich im Internet: <http://www.telgte-dein-zuhause.de>.

# (K)eine Frage der Perspektive

## Zum vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

In den letzten Wochen legt die Bundesregierung ihren vierten Armuts- und Reichtumsbericht vor. Dieser soll gemäß seinem Auftrag Daten und Analysen liefern, die als Grundlage für die zukünftige Politik der Bundesregierung dienen. Bereits im Vorfeld der Veröffentlichung der offiziellen Fassung entbrannte eine breite Diskussion. Dabei ging es weniger um die objektiven Fakten als vielmehr um ihre Deutung und die aus ihnen abzuleitenden Konsequenzen.

So wurde der Bericht konsequent von kritischen Tönen „gesäubert“. Missliebige Passagen, wie der Satz „Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt“ wurden als zu klassenkämpferisch gestrichen. Andere Passagen wurden in kaum nachvollziehbarer Weise uminterpretiert: „Die im Beobachtungszeitraum sinkenden Reallöhne in den unteren Dezilsgruppen sind also auch Ausdruck struktureller Verbesserungen.“ Hier sollen



len nicht nur die Leistung der Bundesregierung geschönt, sondern auch der Weg für weitere soziale Zumutungen bereitet werden.

Dazu passt, dass in dem Bericht zwar viel über Armut oder Armutsrisiken, aber kaum etwas über Reichtum ausgesagt wird. Wie groß dieser Reichtum ist, lässt sich ermes- sen, wenn man sich vor Augen führt, dass die zehn Reichsten in Deutschland mehr besitzen als die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Ähnlich ungleich sieht es mit der Einkommens- verteilung aus. Die Reichen haben also allen Grund, ihren

Reichtum nicht zu sehr in der Vordergrund zu stellen. Der Erfolg dieser Verschwiegenheit kann sich sehen lassen, sowohl die Vermögen als auch die Einkommen haben sich in den letzten Jahren weiter zugunsten der Reichen und zu Un- gunsten der Armen verschoben - und das auch in absoluten Werten. Das Credo der neoli- beralen Wirtschaftspolitik der schwarz-gelben Regierung, „Sozial ist, was Arbeit schafft“, ist damit eindeutig widerlegt.

So soll systematisch ver- schleiert werden, dass nur eine deutliche Verbesserung der

Staatseinnahmen sowie ein ge- setzlicher Mindestlohn ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft verhindern kann. Es reicht eben nicht aus, die vorhandenen Mittel effek- tiver einzusetzen, sondern es muss eine deutliche Änderung der Verteilungsmechanismen erfolgen. So müssen größere Vermögen und Erbschaften substantiell zur Staatsfinanzierung herangezogen werden. Einkünfte aus Vermögen müs- sen mit Einkünften aus Er- werbstätigkeit steuerlich gleichgestellt werden. Hohe Einkommen müssen deutlich höher besteuert werden als bis- her.

Die Alternative sind zuneh- mende gesellschaftliche Span- nungen, das weitere Ausprägen von gesellschaftlichen Schich- ten und schließlich abge- schirmte und bewachte Wohnanlagen, wie wir sie aus Ländern in Südamerika oder Teilen von Asien kennen. Das aber können wir nicht wirklich wollen!

p.s.

## "Telgte ist besser"

Fortsetzung von Seite 2

Pöggsken: Seit wann sind Sie in Telgte?

Bin Abdulla: Seit dem 15. Oktober. Von Frankfurt wurde ich nach Bielefeld gebracht, dann nach Schöppingen und von dort nach Telgte.

Pöggsken: Gefällt es Ihnen in Telgte?

Bin Abdulla: Ja, es gefällt mir sehr gut. Ich habe hier viele Leute getroffen, die wirklich nett zu mir sind und mir helfen.

Pöggsken: Wo wohnen Sie in Telgte?

Bin Abdulla: In einer Wohn- ngung der Stadt in der Von-Siemens-Straße. Wir wohnen dort zu sechst in einer Wohn- ngung mit drei Zimmern, das ist nicht so schön. Ich brauche nicht viel Platz, aber dort kann man gar nicht alleine sein. Alle sechs kommen auch aus verschiedenen Ländern. Das macht Probleme.

Pöggsken: Wie geht das alles jetzt weiter?

Bin Abdulla: Mein Asylan- trag ist im Februar 2013 ab- gelehnt worden. Ich habe Klage eingereicht.

Pöggsken: Mit welcher Be- gründung ist Ihr Asylantrag abgelehnt worden?

Bin Abdulla: Die Schilde- rung der Ereignisse in Ban- gladesch waren nicht detailliert genug.

Pöggsken: Wer zahlt die Kosten der Klage?

Bin Abdulla: Zib hat mich bei der Anzahlung für den Rechtsanwalt unterstützt. Im Übrigen überweise ich monatliche Raten an den Anwalt.

Pöggsken: Wie stellen Sie sich Ihre Zukunft vor?

Bin Abdulla: Am liebsten würde ich in Deutschland bleiben, meine Familie finden und nachholen und wieder ein Geschäft aufmachen.

Pöggsken: Kochen?

Bin Abdulla: Kochen, ja.

Pöggsken: Wo in Deutsch- land würden Sie gerne wohnen?

Bin Abdulla: Hier in Telgte, weil Telgte ist besser.

Pöggsken: Vielen Dank für das Gespräch.

## Asylbewerber in Telgte

In Telgte leben zurzeit ca. 25 Asylbewerber, die meisten in Gemeinschaftswohnungen.

Der Verein „Zib – Zusam- men ist besser“ versucht, ihr Einleben in Telgte zu erleich- tern.

Dabei fehlt es immer wieder an dem einen oder anderen Gegenstand im Haushalt. Vielleicht haben Sie noch ge- rade dieses Teil im Keller – und würden es gerne zur Ver- fügung stellen. Dazu will der Verein Zib einen Email-Ver- teiler aufbauen. Wenn etwas benötigt wird, würde über ei- ne Rundmail nachgefragt, ob jemand diesen Gegenstand zur Verfügung stellen kann.

Noch wichtiger ist es, Kon- takte zwischen den Neuan- kömmlingen und Telgtern zu knüpfen. Dazu sollen monat- liche gesellige Abende statt- finden, eventuell auch mal ein gemeinsamer Ausflug. Die Asylbewerber profitieren da- von, indem sie mehr über Land und Leute erfahren. Aber auch für die Telgter er- geben sich spannende Einbli- cke in die Erlebnisse der Flüchtlinge.

Auch zu solchen Treffen soll über den Email-Verteiler ein- geladen werden.

Wenn Sie in diesen Email- Verteiler aufgenommen wer- den wollen, schreiben Sie ei- ne kurze Mail an: zib-telgte@gmx.de oder mel- den Sie sich telefonisch: 02504-5316.



Inhaber: Martin König  
Grabenstr. 1, Tel 77119  
Mo-Fr: 14-18:30, Sa 9-13  
www.fahrrad-könig.de

Die Gaststätte  
für  
„Jung und Alt“!  
Mit Biergarten



Im  
wilden Mann  
Inh. Familie Michael Brandes  
Emsstraße 25  
☎ (02504) 6600  
● Mo. - Fr.: 17.00 - 1.00 Uhr  
● Mittw. Ruhetag  
● Samstag, Sonntag + Feiertage  
ab 10.00 Uhr Frühstücken



## Kontaktadressen

### Ortsverband:

Peter Spieker  
Waldweg 27  
48291 Telgte  
Tel. 93 26 10

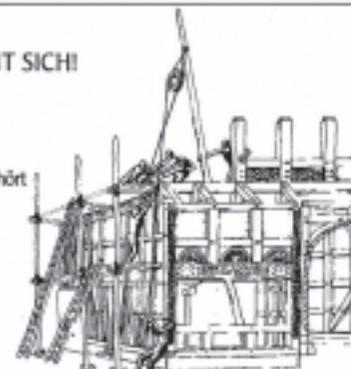
### Ratsfraktion:

Sabine Grohnert  
Hasenkamp 45  
48291 Telgte  
Tel. 7 70 96

## ALTES ZU ERHALTEN LOHNT SICH!

Wir restaurieren für Sie:  
Fachwerk, Gauben, Dachstühle  
Alles was zu einem betagten Haus gehört!

Wir bauen und entwerfen für Sie:  
Gartenhäuser, Pergolas, Verandas,  
und vieles mehr, fragen Sie uns



Zimmerei • Restaurierung  
KLAAS STIEGEMEIER - OEHLEN  
Tel.: 02504 - 5959 in Telgte

# Fukushima 2013

## Wenn die Katastrophe zum Normalzustand wird

### 11. März 2011 in Japan

Als vor zwei Jahren infolge von Erdbeben und Tsunami in Japan viele Menschen sterben und die Naturkatastrophe eine Spur der Verwüstung hinterlässt, trifft die verheerende Zerstörung auch einige der Atomreaktoren Ostjapans. Im Atomkraftwerk Fukushima Daiichi entwickelt sich daraus eine Unfallserie, die zum Super-GAU führt. Schnell werden die Grenzwerte für Radioaktivität überschritten und mehr als 150.000 Menschen evakuiert. Die Weltöffentlichkeit verfolgt mit Entsetzen die Nachrichten aus Japan.

### Ein Tag später in Deutschland

Anders als in Japan lehnt die Bevölkerung in Deutschland, auch schon vor der Katastrophe, mehrheitlich Atomkraft ab. Angela Merkel äußerte sich plötzlich kritisch zu Atomkraft und läutete bereits am Tag nach dem Tsunami das Ende des vier Monate zuvor von ihrer Regierungskoalition beschlossenen „Ausstieg vom Ausstieg“ ein. Die Wende in der Atompolitik sieht einen stufenweisen Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022 vor und damit eine deutliche Änderung in der Energiepolitik. Die Art der Umsetzung und die damit verbundenen Veränderungen sind fast täglich Teil der allgemeinen politischen Diskussion in Deutschland.

### Die aktuelle Situation in Japan

Wie sieht es mittlerweile in Japan aus? Wie in dem Gebiet um die vier zerstörten Reaktorblöcke, bei denen die Unfallserie in drei Reaktorblöcken zu Kernschmelzen führte?

In der Sperrzone, aber

hauptsächlich auf dem Reaktorgelände, sind einige Tausend Arbeiter und Techniker beschäftigt. Sie sorgen zum Beispiel für die Kühlung mit Wasser in zwei der drei Reaktoren, in denen es zu Kernschmelzen kam. Dieses anschließend kontaminierte Wasser sowie Grundwasser, was von den Bergen auf das Reaktorgelände läuft, wird aufgefangen, in Tanks gelagert, bis es so gut wie mög-

leuten geht die größte Gefahr einer erneuten Zuspitzung von diesem Reaktorblock aus. Sollte es innerhalb der Zeit, die TEPCO braucht, bis die Brennstäbe sicherer gelagert werden können, erneut zu einem stärkeren Beben kommen, besteht die Gefahr, dass das Becken leck schlägt oder die Konstruktion zusammenbricht. Die dann ungekühlten Brennstäbe könnten schmelzen, und es könnte erneut zu

ten. Die geschätzten Kosten für die Aufräumarbeiten und Entschädigungen werden von TEPCO auf 97 Milliarden Euro geschätzt. Doch die gesundheitlichen Folgen sind für die Menschen in Japan noch längst nicht absehbar. Für Schäden und Verluste am Vermögen der Atomflüchtlinge ist keine einzige Abschlusszahlung erfolgt.

In der japanischen Politik zeigt sich, wie schnell die

in einem Antrag am 27. Februar 2013, den Atomausstieg endlich konsequent umzusetzen, damit nukleare Gefahren nachhaltig beseitigt werden. Zu einem ehrlichen Atomausstieg gehört es zum Beispiel,

- strenge Sicherheitsanforderungen und entsprechende Nachrüstungen für AKW durchzusetzen - wo sich das nicht rechnen muss abgeschaltet werden,
- sich aktiv gegen die Gefahren durch AKW in benachbarten Ländern einzusetzen und die Bürgerinnen und Bürger in die Beteiligungsprozesse mit einzubeziehen, z. B. gegen die Laufzeitverlängerung in Borssele, Tihange oder den Neubau in Temelin, Kalininograd oder Großbritannien,
- keine Hermes-Bürgschaften für Atomexporte zu gewähren,
- die Atomforschung auf Sicherheits- und Endlagerforschung zu beschränken und die restlichen Mittel zum Nutzen der Energiewende umzuwidmen.

Ohne weiteren öffentlichen Druck wird auch in Deutschland der Ausstieg nur halbherzig umgesetzt, und die ursprüngliche Klientelpolitik für große Konzerne und die Atomwirtschaft gewinnt wieder Raum. Atomausstieg und Energiewende sind keine Selbstläufer, es braucht die Einmischung von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen, Vereinen, Verbänden und Unternehmen, damit das gesamtgesellschaftliche Projekt "Energiewende" konsequent zum Erfolg geführt werden kann.

b.s.



Karin Behr / PubliXviewing

lich dekontaminiert wird. Der dritte Reaktor gibt soviel Radioaktivität ab, dass kein Mensch in dessen Nähe arbeiten kann. Mit einem ferngesteuerten Kran räumen die Arbeiter Trümmerteile weg. Aber wie die Lage und der Zustand des Reaktorbehälters ist, oder wie hoch der Wasserstand sind, kann nicht gemessen werden.

Der vierte Reaktor war zur Zeit des Bebens wegen Wartungsarbeiten außer Betrieb. In dem von den Explosionen besonders stark beschädigten Reaktorblock lagern 1500 Brennstäbe in einem riesigen Abklingbecken. Laut Fach-

Wasserstoffexplosionen kommen. Letztlich könnten weitere unkontrollierbare Kettenreaktionen ausgelöst werden.

Die Berichte aus Fukushima zeigen: Die Katastrophe dauert an, die Risiken sind nach zwei Jahren im Hochtechnologieland Japan längst nicht gebannt!

Auf dem Reaktorgelände kann ein Beben oder ein Tsunami zu einer erneuten und stärkeren Freisetzung von Radioaktivität führen. Die AKW-Leitung geht noch von weiteren 30 bis 40 Jahren für die Stilllegung des Geländes aus, was unabhängige Fachleute für Wunschdenken hal-

Konsequenzen aus der Nuklearkatastrophe in den Hintergrund geraten können. Unter dem Eindruck der havarierten Reaktoren waren zeitweise alle 50 Reaktoren in Japan abgeschaltet. Im September vergangenen Jahres wurde Japans Ausstieg aus der Atomenergie bis 2030 beschlossen. Doch die neugewählte, der Atomindustrie nahe Regierung stellt den Ausstiegsplan wieder in Frage – gegen den Willen der Bevölkerung.

### Politische Konsequenzen

Eine ernsthafte Ausstiegspolitik ist mehr als die Nennung von Abschaltplan. Die grüne Bundestagsfraktion forderte

# Equal Pay Day am 21. März 2013

## Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Das Datum haben die Organisatorinnen des BPW- Deutschlands\* mit Bedacht gewählt. Denn um den durchschnittlichen Verdienst, den Männer im Vorjahr bis zum 31. Dezember erarbeitet haben, zu erhalten, müssten Frauen mit gleicher Qualifikation und Arbeitszeit bis zum 21. März arbeiten.

Dabei haben die Frauen bei Berufsabschlüssen die Nase

vorn, aber in führenden Positionen sind Frauen kaum zu finden. Noch immer übernehmen Frauen einen Großteil der unbezahlten Arbeit in der Familie, arbeiten häufiger in Teilzeit und unterbrechen ihre Berufstätigkeit. Das liegt nicht selten an den fehlenden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, alte und kranke Menschen.

In diesem Jahr liegt der Schwerpunkt im Gesundheitsbereich, in dem Frauen 80 Prozent der Beschäftigten stellen. Der Fachkräftemangel ist in der Branche schon zu spüren, damit dieser nicht in Überlastung, mindere Qualität oder ein nicht funktionierendes Pflege- und Gesundheitssystem mündet, müssen attraktive Arbeitsbedingungen

und Löhne, die der hohen Qualifikation entsprechen, erreicht werden.

Es wichtig, dass der alte Slogan „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ endlich Realität wird. Durch die 22 Prozent Lohnunterschied und die Zeiten eingeschränkter Berufstätigkeit, ist die finanzielle Absicherung von Frauen in Deutschland oft sehr be-

grenzt. Dabei ist ein selbstbestimmtes Leben die beste Vorbeugung gegen Gewalt und Unterdrückung.

b.s.

\*"Business and Professional Women" ist eine weltweite Frauenorganisation, die sich für die Chancengleichheit in Beruf, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft einsetzt.

# Schrauberwerkstatt für den Berdelhafen

**Jahre hat's gedauert und nun ist es durch: Die Flugzeugwerkstatt am Berdelflughafen wurde in der Planungsausschusssitzung Ende Februar ohne weitere große Diskussion genehmigt.**

Auch die grüne Fraktion hat dem Bau zugestimmt. Als die Planung vor Jahren das erste Mal vorgelegt wurde, stand die - damals noch wesentlich kleinere - grüne Fraktion dieser zunächst sehr skeptisch gegenüber, weil sie eine Zunahme der Flugbewegungen befürchtete und das geplante Gebäude am Rand eines öko-

logisch wertvollen Waldes liegen sollte. Letzteres ist auch jetzt noch der Fall, allerdings macht die Planung deutlich, dass der Wald nicht "angekratzt" wird.

Ausgeräumt werden konnten die Bedenken wegen der Flugbewegungen: Es ist davon auszugehen, dass diese durch den Betrieb eher ab- als zunehmen, weil die Telgter Flugzeuge eben nicht für die regelmäßigen Inspektionen zu anderen Flugplätzen gebracht werden müssen. Auch besteht im Umkreis kein Mangel an Werkstätten, so dass dieser

Betrieb keinen Bedarf von außen abdeckt und entsprechend auch keine Kunden von außen anlockt, die landen und starten müssten.

Es bleibt der Wegfall der verbrauchten Fläche - jetzt Wiese - als Jagdgebiet für Fledermäuse. Hier muss man sich darauf verlassen, dass die vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen, berechnet nach einem Punktesystem, das der ökologischen Abwertung durch die Maßnahme entsprechende Kompensationen gegenübergestellt, den gewünschten Effekt haben.

Bemerkenswert ist noch, dass die Untersuchung des Waldes hinsichtlich des Vorkommens von (gefährdeten) Tier- und Pflanzenarten fast ausschließlich am Schreibtisch über die Klassifizierung des betroffenen Ökosystems erfolgte. Zufallsbeobachtungen bei Begehungen haben diesen Ergebnissen allerdings auch nicht widersprochen.

Positiv ist die Einrichtung eines relativ hoch qualifizierten Betriebes, verbunden mit entsprechenden Arbeitsplätzen.

*g.k.*

## Feuerwehr – jetzt rollt's besser!

**Viel, sehr viel, zu viel wurde in den letzten Jahren insbesondere im Rat und seinen Ausschüssen über die Ausstattung, den Standort und die Perspektiven der Feuerwehr in Telgte geredet und diskutiert. Nach den letztlich doch positiven Beschlüssen scheint nun das Jahr 2013 endlich das Jahr von sichtbaren Veränderungen und Verbesserungen zu werden.**

Der erste Schritt kommt schon eindrucksvoll daher: Am 9. Februar wurden die zwei neuen Feuerwehrfahrzeuge eingeweiht. Nicht nur Kinder und Jugendfeuerwehr bekamen bei der ersten Besichtigung große Augen ob der umfangreichen Möglichkeiten, die in diesen Fahrzeugen steckt. Die Fachleute erklärten im Rahmen der Feier allen Interessierten gern die Einzelheiten von Totmanneinrichtung bis Rettungsschere.

Dass diese Fahrzeuge keinesfalls ein Spielzeug für Große darstellen, sondern im Notfall jedes einzelne Ausstattungselement notwendig sein kann, stellten die Einsatzkräfte am gleichen Tag bereits unter Beweis. Sie wurden während der Vorbereitungen für die Einweihung zu einem schweren Unfall gerufen. Damit ist deutlich, was Wolfgang Pieper bei der Einweihung betonte: Die Fahrzeuge selbst sind nur die Hilfsmittel. Nur durch das gut ausgebildete und freiwillig tätige Personal der Feuerwehr können sie im Notfall wirkli-

che Rettung sein.

Wir freuen uns mit den Feuerwehrkameraden und -kameradinnen, aber vor allem für die gesamte Telgter Bevölkerung, über diese neue

gen den neuen Standort nun an gefällten Bäumen festmachen will. Ist sie doch bisher noch nicht als Naturschutzpartei aufgefallen. Dass diese Bäume weichen müssen, war

zögerungen aller Art, sind sie wohl kaum zu ersetzen. Gut, dass in 2013 für diese „Männer und Frauen der Tat“ auch sichtbare Taten von Stadt und Verwaltung folgen.

*k.m.*



Jugendfeuerwehrarbeit im U3-Bereich

Unterstützung in Notfallsituationen - und auf den folgenden Schritt in 2013, der dann den Baubeginn des neuen Feuerwehrgerätehauses sichtbar werden lässt. Denn nur durch gute Arbeitsbedingungen wird auch in Zukunft die Feuerwehr ein attraktives Ehrenamt sein, dessen Bedeutung man nicht oft genug betonen kann.

Umso seltsamer vor diesem Hintergrund erscheint die FDP, die ihren Widerstand ge-

lange bekannt und Grundlage aller Entscheidungen. Und sie werden sicher nicht aus Langeweile gefällt. Glücklicherweise besitzen die Grünen und auch die anderen Ratsfraktionen die Fähigkeit, an dieser Stelle abzuwägen, welcher Nutzen für die Telgter Bevölkerung als größer einzuschätzen ist. Bäume kann man wieder pflanzen, wenn aber Feuerwehrkameraden das Handtuch werfen, weil sie die Nase voll haben von Ver-



Inhaber: Martin König  
Grabenstr. 1, Tel 77119  
Mo-Fr: 14-18:30, Sa 9-13  
www.fahrrad-koenig.de



Augenoptik am Baßfeld

Ursula Mindermann  
Dipl.Ing für Augenoptik

Baßfeld 12 48291 Telgte  
Fon 0 25 04 - 50 50  
www.mindermann-augenoptik.de

Ihr Fahrrad-Spezialist in Telgte

Fahrräder 2013

Green's Westminster

3-Gang Nabendynamo € 399,-



Kommen Sie zur Probefahrt! - Wir beraten Sie gern und unverbindlich!

Service und Reparatur  
Für uns selbstverständlich

Glas - Porzellan - Fahrräder  
**VOGT**

48291 Telgte, Ritterstraße 47  
gegenüber der Feuerwehr  
Fon: 0 25 04 / 21 96, Fax: 0 25 04 / 7 73 77

Geänderte Geschäftszeiten:

Di, Do+Fr 9.00 - 13.00 Uhr

u. 14.30 - 17.00 Uhr

Mo + Mi, 9.00 - 13.00 Uhr

Sa 9.00 - 12.00 Uhr

### Impressum "Dat Pöggskén"

Zeitung der Grünen Telgte  
Herausgeber:  
Ratsfraktion & Ortsverband von  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

erscheint: 3 bis 4 Mal im Jahr  
Auflage: 8.000 Stück

Anschrift: Peter Spieker  
Waldweg 27  
48291 Telgte

Vi.S.d.P.: Peter Spieker

Textbeiträge: Bernhard Drestomark (b.d.), Sabine Grohnert (s.g.), Marian Husmann (m.h.), Michael Kanthack (m.k.), Gerd Klünder (g.k.), Katja Müller (k.m.), Uli Schlösser (u.s.), Bettina Schmitte (b.s.), Peter Spieker (p.s.)

# Grünes Treffen in Telgte

## mit Arndt Klocke thematisiert Radschnellwege

Das regelmäßig stattfindende Münsterlandtreffen der Münsterländer Grünen fand dieses Mal am 4. März in Telgte, im Alten Gasthof Seiling, statt. Anwesend war auch Arndt Klocke, der verkehrspolitische Sprecher der Grünen Fraktion in Düsseldorf. Arndt bearbeitete eines der zentralen Themen des Treffens: die aktuelle Verkehrspolitik in NRW und hier insbesondere die Stärkung der Radmobilität.

Die gegenwärtig zu beobachtende, generelle Hinwendung auf das Fahrrad als ernstzunehmendes Verkehrsmittel, verbunden mit der starken Akzeptanz von E-Bikes und Pedelecs in allen Altersschichten führt zu einem regelrechten Boom des Radverkehrs. Besonders wichtig ist dabei, dass die Entwicklung nicht (nur) auf den Freizeitbereich begrenzt ist, sondern - und das ist besonders bemerkenswert - zunehmend auch im Berufsverkehr stattfindet.

Gerade diese Entwicklung, die zu einer Verlagerung von automobiler auf Fahrrad-Mobilität führt, ist ein wichtiger Baustein in der Energiewen-



de. Schließlich kann von einer echten Energiewende nur dann die Rede sein, wenn es gelingt, den Individualverkehr weg vom fossilen Öl auf regenerative Energieträger umzulenken. Das Zauberwort hier heißt „E-Mobilität“. Verstanden wird darunter vor allem das Auto mit Elektro-Antrieb. Arndt kritisierte jedoch das ambitionierte Ziel im Pro-

grammentwurf der Grünen zur Bundestagswahl, das bis 2020 eine Million E-Autos auf die Straße bringen will. Dieser Zahl, so Arndt Klocke, stünden aber gegenwärtig weniger als 10.000 existierende E-Autos gegenüber. Er plädierte deshalb dafür, sich verstärkt auf die Förderung der Infrastruktur für E-Bikes zu konzentrieren, denn hier sei die Marke von einer Million bereits erreicht - und das ohne Subventionen. So müsse ein Netz aus Fahrradstraßen und

Radschnellwegen geschaffen oder ausgewiesen werden, um insbesondere für die Wege bis zehn oder fünfzehn Kilometer eine effektive Alternative auch für den Berufsverkehr zu schaffen.

Dieses Ziel hat auch die Landesregierung übernommen. Über Fördermaßnahmen und einen Wettbewerb versucht das Verkehrsministerium die Diskussion über Radschnellwege in die Kommunen zu tragen. Vorbild für das Münsterland ist hier mal wieder der Kreis Steinfurt, der auf Antrag der grünen Kreistagsfraktion eine Potenzialstudie vorgestellt hat, die die Verkehrsbeziehungen innerhalb des Kreises und insbesondere zwischen den südlich gelegenen Städten und Münster ebenso darstellt, wie auch bereits mögliche Trassenführungen für Radschnellwege.

Ein solcher Rückenwind ist in Kreis Warendorf derzeit noch nicht zu beobachten. Erste Untersuchungen zu einer Strecke zwischen Telgte und Münster liegen im Rahmen von Diplomarbeiten der Universität bereits vor und unsere Fraktion ist mit den Grünen in Münster in diesem

Zusammenhang im Gespräch. Auch zwischen den Stadtverwaltungen hat es bereits Kontakte gegeben.

Ob eine solche Planung bereits in den von der Landesregierung ausgelobten und mit beträchtlichen Fördermitteln versehenen Wettbewerb eingebracht werden kann ist zweifelhaft, da der Abgabetermin für eine entsprechende Grobplanung bereits im Juli liegt und die Kapazitäten zumindest des Telgter Bauamtes durch die diversen Projekte in der Stadtentwicklung gebunden sind. Auch der Einsatz finanzieller Mittel scheint in Anbetracht der derzeitigen Sperrvermerkpolitik der „anderen“ nicht wahrscheinlich.

Sicher ist aber, dass ein solches Projekt nicht unter „Gedöns“ zu verbuchen wäre. Das Angebot, abseits von der Bundesstraße über einen Radschnellweg den Arbeitsplatz in kürzerer Zeit zu erreichen als mit dem Auto, brächte eine Entlastungsfunktion der B 64 mit sich. Eine echte Alternative zu den vierspurigen Ausbaufantastereien, die bei den knappen Mitteln des Bundes derzeit zum Glück ohnehin in immer weitere Ferne rücken.

p.s. + g.k.

**druckundmehr GmbH**

**Digitaldruck im von Telgte**

Kleine Auflagen zu kleinen Preisen

Bahnhofstraße 10  
48291 Telgte  
0 25 04 - 73 95 80

druckundmehr.com  
info@druckundmehr.com

## U3 - ganz ohne Geschrei?

**Keine Frage - es ist und bleibt ein Kraftakt für die beteiligten Jugendämter, Städte und die Träger der Einrichtungen, den gesetzlichen Betreuungsanspruch für die Kinder ab dem ersten Lebensjahr vom 1. August 2013 an zu ermöglichen.**

Wir haben in den letzten Jahren immer beim zuständigen Kreisjugendamt in Warendorf darauf hingewiesen - auch nach Rückmeldungen von Eltern zu bereits vorhandenen Engpässen, dass der dafür erforderliche Ausbau auch in Telgte rechtzeitig angegangen werden muss. Vermisst haben wir z.B. eine offensive Werbung und Information für die Tätigkeit als Tageseltern. Es scheint nun - gemessen an den fehlenden Plätzen in anderen Städten - in Telgte im nächsten Kinder-

gartenjahr einigermaßen zu funktionieren.

Bei genauerem Hinsehen wird man aber doch nachdenklich: Eine halbe Gruppe zusätzlich zu den zwei neuen in der Kita Kinderwelt (statt Teamraum und zusätzlichem Schlafräum); notwendige „Umsiedelungen“ von Dreijährigen, um Platz für die jüngeren Kinder zu machen; erst jetzt die Planung der kath. Kirchengemeinde, eine weitere Gruppe im Barbara-Kindergarten anzubauen - wie soll die bis August fertig sein? Und bei all dem eine Vollbelegung aller Gruppen, bei der man sich fragt, wohin die Kinder sollen, die im Laufe des kommenden Kindergartenjahres noch einen Platz benötigen, weil sie zuziehen oder ihn nicht eineinhalb Jahre im Voraus absehen kön-

nen?

Wir teilen die Sorge vieler Eltern, dass hier die Qualität der Betreuung unter die Räder gerät. Die bestmögliche Begleitung der Kinder in ihren ersten Lebensjahren ist ein wesentlicher Grundstein für alle weiteren Bildungsprozesse. In diesem Alter sind die Kinder am meisten auf eine gute Atmosphäre und verlässliche Beziehungen in ihrem Umfeld angewiesen.

Sollte daher - möglicherweise zu Lasten einzelner Familien - nicht mehr Wert darauf gelegt werden, dass dies für alle betreuten Kinder tatsächlich möglich ist, anstatt schon jetzt die letzten freien Räume, Plätze und notwendigen Zeiten für einen individuellen Einsatz der Erzieher/innen im Kindergartenalltag zu verplanen?

k.m.

Möbel für Anspruchsstelle

**Innenausbau Bau- und Möbeltischlerei**

Andreas Fiege

Beratung • Planung • Fertigung • Montage

- Exklusiver Innenausbau
- Einbaumöbel
- Fenster und Türen
- Massivholzmöbel
- Küchen- und Badmöbel
- Schiebetürsysteme
- Restaurierung
- Sonderanfertigungen

Berdel 30 • 48291 Telgte  
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89

# Unser Wasser - öffentliches Gut oder Handelsware?



günther gumhold / pixelio.de

**Die Versorgung mit Wasser gehört ohne Zweifel zu den wichtigsten Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge.**

Und ausgerechnet die Versorgung mit unserem Lebensmittel Nummer Eins ist jetzt Gegenstand einer geplanten EU-Versorgung, mit der die Privatisierung der Wasserversorgung vorangetrieben werden soll. Zusammengefasst verlangt die Richtlinie, dass Kommunen ihre Wasserversorgung öffentlich ausschreiben müssen, sofern diese Dienstleistung nicht zu mindestens 80 Prozent innerhalb der eigenen Kommune erbracht wird.

Was das für gemeindeübergreifende Versorger wie die ETO bedeutet, lässt sich zurzeit noch nicht eindeutig sagen. Jedoch muss auch hier das Schlimmste - also die

Ausschreibungspflicht - befürchtet werden.

Was Privatisierung in diesem Bereich bedeutet, lässt sich dort, wo sie bereits stattgefunden hat, ersehen: explodierende Preise bei schlechterer Wasserqualität.

Die Versorgung mit Wasser ist ein langfristig und auf Nachhaltigkeit angelegtes Geschäftsfeld. So schlagen sich viele Sünden, etwa in der Landwirtschaft, erst nach Jahren oder gar Jahrzehnten in der Wasserqualität nieder. Daher pflegen die hiesigen Stadtwerke traditionell enge Beziehungen zur Landwirtschaft, um nachhaltig gutes Wasser liefern zu können.

Die eher mittel- oder gar kurzfristigen Gewinninteressen privater Investoren stehen somit in krassem Widerspruch zu der nachhaltigen angeleg-

ten Wasserversorgung.

Noch ist es nicht zu spät! Die Grüne Bundestagsfraktion kämpft gegen die Verordnung. Aber auch jeder Einzelne kann tätig werden unter <http://www.right2water.eu/>.

p.s.

Herzlich willkommen!  
Öko-faire Mode für jede Gelegenheit, passende Accessoires und Schmuck, schöne Geschenk-Ideen. Näh-Kurse.



KalinesWelt  
fair macht schön

Bahnhofstraße 20. 48291 Telgte  
Do. & Frei. 9-13, 15-18, Sa. 9-13  
Mo. bis Mi. nach Vereinbarung

## W-LAN für alle und zwar sofort!

Nein, nein.... Sie sind nicht in der Rubrik "Werbung von DSL-Anbietern" gelandet, sondern immer noch im Pöggsken. Aber warum befasst sich dieses Print-Medium, also total offline, eigentlich mit dem schnurlosen Internet?

Dieser Artikel gehört doch eigentlich mehr auf unsere Facebook-Seite oder zumindest auf unsere Website. Da könnten Sie auch direkt auf "Gefällt mir" klicken oder einen Kommentar hinterlassen.

Klar könnten Sie das, wenn Sie zuhause sind und am Schreibtisch sitzen. Und da sind wir ja auch schon direkt im Thema.

Die Idee, W-LAN am Schulzentrum, auf dem Marktplatz, in der Stadtbücherei, im Freibad, Im Rathaus, im Bürgerhaus und vielleicht auch in den Linienbussen anzubieten, entstand im Rahmen eines IT-Workshops für Ratsmitglieder. Gefragt war eine IT Vision für Telgte. Und was ist visionärer als das Angebot von W-LAN im öffentlichen Raum?!

Als Beispiel sei nur das W-LAN der Universität Münster zu nennen. Überall in Hörsälen, Bibliotheken, Wohnheimen - aber zum Beispiel auch am Aasee - befinden sich

Hotspots, die schnelles Internet für registrierte Personen zur Verfügung stellen.

Aber warum sollte Telgte, immerhin noch ohne eigene Uni, auch so ein Angebot schaffen? Ist es nicht kontraproduktiv, dass die jüngere Generation permanent ein Display vor dem Gesicht hat? Da wird dieser Generation schnell ihre Kommunikationsfähigkeit abgesprochen.

Aber die junge Generation unterhält sich schon. Eben nur anders, als viele es gewohnt sind. Es werden aber nicht nur SMS, also Kurznachrichten, ausgetauscht oder schnelle Telefonate geführt.

Durch die Verbreitung von Smartphones (also internetfähigen Handys) sind ganz andere Wege entstanden. Da gibt es nützliche Programme wie "WhatsApp", bei denen über das Internet kostenlos eine Nachricht, ein Bild oder ein Video an einzelne oder ganze Gruppen gesendet werden kann. Auch die sozialen Netzwerke haben längst ihren Raum auf dem Handy eingenommen.

Für diese neue Form der Kommunikation ist daher eine Internetverbindung zwingend erforderlich. Viele haben schon eine Internetflatrate auf dem Handy und sind daher

permanent am Kommunizieren. Aber auch das ist gerade für jüngere Menschen eine Kostenfrage.

Am Gymnasium und an der Realschule gibt es beispielsweise teilweise schon W-LAN für die SchülerInnen. An der Hauptschule ist dieses Angebot nicht vorhanden. Und das ist doch unfair. Ein einheitliches und stabiles System, von der Stadt aufgebaut, würde hier Gerechtigkeit schaffen.

Am Schulzentrum könnte der Anfang gemacht werden, ein Pilotprojekt quasi. Wenn es funktioniert, kann das Angebot auf weitere Bereiche ausgeweitet werden. Die RVM (Busunternehmen) bietet beispielsweise auf der Strecke von Münster nach Everswinkel schon W-LAN in ihren Bussen an. So kann Wartezeit auch schnell produktiv genutzt werden.

Denn das Internet dient ja neben der Kommunikation auch der Information. Schnell im Netz die neuesten Nachrichten abrufen oder aber dem Video-Stream (wie Fernsehen nur im Internet) den Telgter Ratssitzungen folgen, wäre dann kein Problem mehr. Vorausgesetzt natürlich, Sie haben ein Smartphone und befinden sich im städtischen W-LAN.

m.h.

ZWEIRAD ROSS  
WWW.ZWEIRAD-ROSS.DE  
SCHÜRENSTRASSE 7-9 • SASSENBERG • TEL.: 02583/1005

MATRA

Unsere hochwertige und elegante Pedelec-Marke aus Frankreich.

**MATRA - Modellreihe i-step**

- Leistungsstarker Bosch-Mittelmotor
- Lithium-Ionen-Akku, Kapazität wählbar: 300 Wh oder 400 Wh
- Monoshock Federgabel und gefederte Sattelstütze
- Magura Hydraulische Scheibenbremse
- Kettenschaltung oder Nabenschaltung mit Freilauf

WIR LIEFERN IM UMGEBUNGSRUM VON 30 KM  
Große Auswahl • Beratung • Testfahrten  
Meisterbetrieb • mehr als 15 Jahre Erfahrung

E-BIKE CENTER

Schachblumenmarkt in Sassenberg  
Verkaufsoffener Sonntag am 24.3.  
von 11.00 bis 18.00 Uhr

# Sekundarschule - planlos durch Sperrvermerk?

**Hurra, wir sind Sekundarschule, aber ach, wir müssen umbauen?!**

Nun gut, ein großes Wundern gibt es nicht wirklich. Eigentlich wurde schon während der gesamten Zeit, in der über die Schulentwicklung in Telgte diskutiert und die Entscheidung für die Sekundarschule getroffen wurde, deutlich gemacht, dass eine neue Schulform auch andere bauliche Voraussetzungen braucht. Die Haushaltsberatungen haben gezeigt, dass sich die anderen Fraktionen offenbar darüber wundern: Wer hätte gedacht, dass das auch Geld kostet?

Jetzt kommt der Bürgermeister in seinem Haushaltsplanentwurf aus heiterem Himmel mit Planungskosten um die Ecke. Planen? Brauchen wir das wirklich?

Am Berliner Flughafen, am

Stuttgarter Bahnhof und am Staatsarchiv in Duisburg hat man doch auch erst mal einfach angefangen. Wozu brauchen wir Planungskosten von 60.000 Euro für eine Pausenhalle? Da kommt doch der Verdacht auf, dass der Bürgermeister wissen möchte, wo wir am Ende hin wollen, und das schon vor Baubeginn!

Wir halten es für wichtig, dass die ca. 90 Schülerinnen und Schüler, die im Sommer die ersten Schritte in der Sekundarschule machen, nicht nur Bekenntnisse, sondern auch Taten der Stadt erkennen können. Ein erster wichtiger Schritt, der auch die Barrierefreiheit garantieren soll, ist der Umbau der Pausenhalle als Herzstück der neuen Schule. Sie soll alle Bereiche funktional miteinander verbinden und als zentraler Treffpunkt zur Identifikation

mit der Schule beitragen. Zusätzlich sollen auch die auslaufenden Schulen mit berücksichtigt werden.

Tatsächlich ist dies nicht nur die Umgestaltung einer Pausenhalle, sondern die zentrale Umbaumaßnahme zur Sekun-

darschule, für die eine Bau- summe von 2,5 Mio. Euro kalkuliert wird. Eine Menge Geld, bei der sich eine sorgfältige Planung lohnen sollte. Jetzt hat diese Position durch die Bedenken der anderen Fraktionen erst mal einen Sperrvermerk, was einzig zur Folge haben wird, dass die Planung bis dahin auf der Bremse steht.

Es sind erneute Vorlagen und Debatten erforderlich, um diesen wieder aufzuheben, denn die Notwendigkeit der Baumaßnahme liegt ebenso auf der Hand, wie die der Planung. Alle weiteren Baumaßnahmen sind noch nicht beschlossen und sollen nach und nach erörtert werden.

*g.k.*



## Wer „A“ sagt, muss auch „Sperrvermerk“ sagen.

Mit großer Mehrheit wurden in den vergangenen Jahren die Planungen und Beschlüsse zu den großen Infrastrukturprojekten in Telgte getragen. Sekundarschule, Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept mit Neuordnung Orkotten und die Neuaufstellung der Feuerwehr sind, mit Unterschieden in den Details,

von CDU, Grünen und SPD, teils auch mit Unterstützung der FDP auf den Weg gebracht worden.

Dies spiegelte sich aber keineswegs in der Sitzung des Finanzausschusses zum Haushalt 2013 wider, denn dort hagelte es Sperrvermerke. Ein Sperrvermerk hinter einer Haushaltsposition bewirkt,

dass das Geld zwar im Haushaltsplan bereit gestellt wird, dieses Geld aber erst in dem zuständigen Ausschuss freigegeben werden muss. Auf Sperrvermerke zielten insgesamt 11 Anträge. Am gravierendsten sind diese an den Stellen, an denen sie in laufende Prozesse eingreifen, wie im Schulzentrum, im Or-

kotten, an der Don-Bosco-Schule oder bei der Planung eines ebenerdigen Bahnüberganges im Bahnhofsbereich.

Aber worin liegt der Nutzen dieser Sperrvermerke, die sich fast durchgehend auf Planungen beziehen, die gemeinsam auf den Weg gebracht wurden? Der Verdacht liegt nahe, dass damit lediglich Punkte

geschaffen werden, an denen die Parteien sich im heraufziehenden Wahlkampf profilieren können. Und das letztendlich auf Kosten der Allgemeinheit, die die zusätzliche und überflüssige Arbeit der Verwaltung wird bezahlen müssen. Sparsames Haushalten sieht anders aus.

*g.k.*

## Massentierhaltung: Fleisch frisst Boden

**Gerade in jüngerer Zeit wird im Zuge der verbindlichen Einföhrung sogenannter „Bio-Treibstoffe“ vermehrt der Konflikt zwischen „Teller und Tank“ beschworen. Dabei wird völlig übersehen, dass - zumindest bislang - der Konflikt zwischen „Teller und Trog“, also der Flächenverbrauch zur Futtererzeugung für die Fleischindustrie, immer noch deutlich größer ist.**

So dienen - je nach Studie - zwischen 70 und 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Tierhaltung. Allein die Futterproduktion benötigt weltweit ca. 33 Prozent der Ackerfläche. Und der Bedarf an Fleisch weltweit wächst weiter ungebremst.

Wie groß die mögliche Ersparnis an Bodenverbrauch

wäre, wenn weniger Fleisch konsumiert und damit auch weniger produziert werden würde, zeigen schon die Futterverwertungskennzahlen der einzelnen Tierarten. So benötigt ein Schwein ca. drei Kilogramm hochwertiges Futter, um ein Kilo Gewicht zuzulegen. Bei Rindern bzw. Bullen ist es noch mehr. Insgesamt liegt beispielsweise der Flächenverbrauch für ein Kilogramm Rindfleisch zwischen 27 und 49 Quadratmeter; für ein Kilogramm Kartoffeln benötigt man dagegen gerade einmal 0,2 Quadratmeter. Selbst Eier benötigen mit vier bis sechs Quadratmeter pro Kilogramm noch mehr als Weizen mit ca. 1,4 Quadratmetern.

Die Konsequenzen dieses

enormen und weiterhin ansteigenden Flächenbedarfs sind vielfältig:

- Zur Futtererzeugung müssen immer weitere Gebiete des tropischen Regenwald und anderer ökologisch wertvoller Naturgebiete umgenutzt werden - mit fatalen Auswirkungen auf CO<sub>2</sub>-Haushalt der Erde und die dadurch bewirkte Klimaänderung.
- Die Versorgung der immer noch wachsenden Weltbevölkerung mit ausreichend Nahrung ist nicht gewährleistet. Selbst klimatisch und geographisch begünstigte Länder wie Deutschland haben nicht genügend eigene Flächen und müssen einen Großteil des benötigten Futters importieren. Die

dazu notwendigen Transporte wiederum verstärken noch den negativen Klimaeffekt.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass gerade der hohe Anteil an tierischen Produkten in der Ernährung - und hier vor allem von Fleisch - mit einer

nachhaltigen Nutzung unserer globalen Ressourcen unvereinbar ist. Nicht zuletzt durch diesen hohen Fleischkonsum „verbrauchen“ wir zurzeit das Eineinhalbfache unserer Erde - mit weiterhin steigender Tendenz.

*p.s.*

**HELLA BONK**

Lust auf Steine ...  
echten Steinschmuck ...  
schöne Perlen ...

Ausgesuchte Qualität zu günstigen Preisen!  
Ich freue mich auf Ihren Besuch!

Emsstraße 3 · 48291 Telgte · Telefon (02504) 3326

## Kleine Kolumne



### Telgte - 775 Jahre: Jubiläum einer tollen Stadt Telgte

Am 24. Februar hat die erste Telgter Vereins- und Ehrenamtsbörse mit einer überragenden Resonanz und Beteiligung aus der Bürgerschaft stattgefunden. Mehr als 60 Vereine, Gruppen, Institutionen und Organisationen präsentierten im Bürgerhaus ihre Aufgabenfelder und ihre Themen, stellten Ideen für ehrenamtlichen Einsatz vor und nutzten die Gelegenheit zur Kontaktaufnahme untereinander und zur Vernetzung ihrer Aktivitäten.

Das ehrenamtliche Engagement in Telgte ist außergewöhnlich und hinsichtlich der Anzahl ehrenamtlich aktiver Menschen und der hohen Kontinuität der Vereinsarbeit weit überdurchschnittlich. Dieses Engagement macht viel für die Lebendigkeit und Liebesswürdigkeit unserer Stadt aus, und es zeigt die hohe Bereitschaft ganz vieler Menschen in Telgte, sich für andere einzusetzen.

Darauf kann die Stadt Telgte im Jahr des Stadtjubiläums mit Recht stolz sein. Rat und Verwaltung haben ihre Wertschätzung dafür zum Ausdruck gebracht und unterstützen das ehrenamtliche Engagement durch koordinierende Arbeiten, durch die Ehrenamtskarte sowie durch finanzielle Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten. Und die Stadt Telgte hat allen Grund, für die-

ses tolle Engagement dankbar zu sein.

Beim offiziellen Auftakt zum Jubiläumsjahr habe ich im Rahmen des Neujahrsempfangs versucht deutlich zu machen, dass dies ein wichtiger Teil der Stärken und der Potenziale Telgtes ausmacht:

- Unsere Stärke ist die moderne und weltoffene Gestaltung der Zukunft unserer Stadt.
- Unsere Stärke ist die Offenheit für Neues und für alle Menschen, die sich an dieser positiven Gestaltung beteiligen.
- Unsere Stärke ist das Engagement und die Kreativität unserer Bürgerinnen und Bürger.
- Unsere Stärke ist der unglaubliche ehrenamtliche Einsatz der Menschen in den Vereinen und Verbänden, in karitativen Zusammenhängen oder in den Nachbarschaften, den Wohnquartieren und in den Ortsteilen.
- Unsere Stärke ist der Zusammenhalt und das Wir-Gefühl der Telgterinnen und Telgter.
- Unsere Stärke ist die Begeisterung, das „Herzblut“ und die Einsatzbereitschaft für die Anliegen unserer Stadt.
- Unsere Stärke ist, dass wir Telgte sind!

Insofern ist das Stadtjubiläum 775 Jahre Stadt Telgte aus meiner Sicht nicht nur ein Anlass, in die lange Geschichte unserer Stadt zurückzuschauen. Es ist ein Anlass und eine gute Möglichkeit, sich der Stärken und der positiven Potenziale der Stadt und ihrer Menschen zu vergewissern und dies für den Fortbestand und die Stärkung des Gemeinwesens und einer solidarischen Stadtgesellschaft zu nutzen. 775 Jahre sind das Jubiläum einer tollen Stadt Telgte!

Ihr wolfgang pieper



## Kornbrenne zu verkaufen

### Wer will nochmal, wer hat noch nicht?

Im Herzen Telgtes, nah gelegen zum Planungsgebiet Altstadt-Süd, umgeben vom Flair einer florierenden Altstadt bieten wir Ihnen ein dreistöckiges historische Gebäude zu dem Preis, den Sie bieten. Sie können damit machen, was sie wollen -

wenn es nach dem Willen von CDU und FDP geht! Ganz richtig schreibt die CDU in ihrem Antrag zum Finanzausschuss: „Die Potentiale und Möglichkeiten hier sind schon seit Jahren nur unzureichend genutzt worden“.

Völlig falsch ist allerdings der Gedanke, dass sich dies durch einen Verkauf ohne weitere Vorgaben zwangsläufig verbessern würde.

Zugegeben, die Perle ist noch in der Auster. Aber die auch von der CDU erkannten Möglichkeiten und Potentiale sind vorhanden und sollten einer Nutzung zugeführt werden, die im Interesse der Stadt liegt und nicht in der eines/r Investor/in. Und hier sollten wir auch anpacken und überlegen, wie die guten Ansätze, die im ehrenamtlichen Bereich ja bereits vorhanden sind, gefördert und unterstützt

werden können?

Was zeigt der Antrag und seine Verabschiedung? Wie tief die Wertschätzung eines solchen Standortes inmitten unserer Altstadt in einigen Kreisen des Rates hängt, wie wenig Vertrauen die selben Leute in die Wirksamkeit des Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzeptes (IHEK) haben und schließlich auch, dass der Finanzausschuss nicht entsprechend der Mehrheiten im Rat besetzt ist. Im Rat wäre der Antrag mit den Stimmen der Grünen und der SPD nämlich abgelehnt worden.

g.k.

## Verkaufsoffene Sonntage - Werbung für die Stadt und ihre Geschäfte

**Um Kunden und Touristen in die Stadt zu holen, bieten viele Städte, so auch Telgte, mehrere verkaufsoffene Sonntage im Jahr an. Den Besuchern wird an diesen Tagen ein aktives Einkaufserlebnis mit fachkundiger Beratung als Alternative zum Online-shopping geboten. Verkaufsoffene Sonntage sind oft zeitgleich mit Veranstaltungen, wie z. B. „Komm auf die Wiese Luise“, das Frühlingsfest in Telgte.**

Die auswärtigen Besucher haben an den verkaufsoffenen Sonntagen die Gelegenheit, sich ein Bild von den Angeboten in Telgte zu machen und die Eine oder der Andere

wird – von der individuellen Beratung in den Geschäften überzeugt – auch ein weiteres Mal den Weg in die Emsstadt finden.

Die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage sind in Telgte auf folgende Tage im Jahr beschränkt:

- am 14. 04. 2013 im Stadtteil Westbevern,
- am 05. 05. 2013 im Stadtteil Telgte,
- am 02. 06. 2013 im Gewerbegebiet Orkotten,
- am 08. 09. 2013 im gesamten Stadtgebiet,
- am 06. 10. 2013 im gesamten Stadtgebiet außer Orkotten,

am 08. 12. 2013 im Stadtteil Westbevern und am 15. 12. 2013 im Stadtteil Telgte.

Neben den verkaufsoffenen Sonntagen bietet die Telgter Hanse weitere Aktionen, wie z. B.

am 25. 04. 2013 „Telgte – alles außer gewöhnlich“, einen verkaufsoffenen Abend bis 22 Uhr an.

Damit bleibt Telgte als Touristenziel und Einkaufsstadt interessant und sichert den Erhalt des vorhandenen vielfältigen Warenangebots mit kompetenter Fachberatung.

v.k.

# Photovoltaik

Ein Geschenk des Himmels!

Investieren Sie mit uns erfolgreich in die Sonne.

(Ihre Partnerin, die Ökologie mit Ökonomie verbindet).

Sprechen Sie mit uns - kostenlose Beratung vor Ort

elektrotechnik

Heinz Rickhoff  
Königstr.7 48291 Telgte  
Tel. 02504/1709  
Fax 02504/72826  
www.heinz-rickhoff.de

Mail: info@heinz-rickhoff.de

# Der Selbstbetrug der Mittelschicht

Ulrike Herrmann im Gespräch mit Telgter Bürger/innen am 16. Januar 2013

## Die Zahlen

Waren es 1998 noch 64,3 Prozent der Bevölkerung, die in Deutschland zur Mittelschicht zählten, so verringerte sich ihr Anteil bis 2008 auf 57,7 Prozent – das sind 4,6 Millionen Menschen weniger. Besonders bemerkenswert: Kaum einer ist auf-, fast alle sind abgestiegen.

Gehörten 1998 noch 17,7 Prozent der Bevölkerung in unserem Land zu den Armen, so betrug ihr Anteil 2008 bereits 21 Prozent – also jede/r fünfte.

Wer zur Mittelschicht gehört, verdeutlichte Ulrike Herrmann, Wirtschaftsredakteurin der „taz, die tageszeitung“, bei einer öffentlichen Diskussion in Telgte am 16. Januar bei Osthues-Brandhove. Grundlage ist das mittlere Netto-Einkommen. Bei einem Single sind das zwischen 1130 € und 3420 € netto pro Monat, bei einer Familie mit zwei Kindern zwischen 2370 € und 5080 €. Das Problem hierbei ist: Dieses Einkommen stagniert seit Jahren, während die Gewinne explodieren.

Die Folge: In keinem anderen Industrieland hat die Schere zwischen Arm und Reich so stark zugenommen wie in Deutschland. Hinsichtlich der "Scherengröße" absolut liegen wir im Mittelfeld. Die Geschwindigkeit der Abnahme der Mittelschicht ist in Deutschland im Vergleich zu anderen Industrieländern am höchsten.

Und wie sind die Vermögen verteilt? Das reichste Prozent der deutschen Bevölkerung besitzen bereits 23 Prozent des gesamten Vermögens. Die unteren 50 Prozent der Bevölkerung dagegen verfügen zusammen gerade einmal über ein Prozent des Vermögens.

## Der Selbstbetrug der Mittelschicht

Ulrike Herrmanns These lautet: Immer mehr Menschen sind aus der Mittelschicht herausgekickt worden, ohne dass sie es gemerkt haben. Wer oder was entscheidet aber darüber, ob jemand zur Unter-, Mittel- oder Oberschicht gehört? Ist es die Bildung?

Trotz der hohen Zahl der durch Bildung „Aufgestiegenen“ hat sich an der Vermögensverteilung nichts geändert. Wie das Geld verteilt wird, darüber entscheiden die Parlamente durch ihre Steuer-



Alexander Ringbeck, Ursula Mindermann, Peter Spieker, Ulrike Herrmann der Mittelschicht:

politik. Und wie geht die Mittelschicht, die immer noch jede Wahl in Deutschland entscheidet, mit ihrer potenziellen Macht um?

Der Spitzensteuersatz wurde ausgerechnet unter Rot-Grün Anfang des 21. Jahrhunderts von 53 auf 42 Prozent gesenkt. Ein Blick zurück: Als die Einkommenssteuer 1920 eingeführt wurde, schlug Matthias Asperger noch einen Spitzensteuersatz von 60 Prozent vor. Der blieb über Jahrzehnte erhalten. Unter Kanzler Kohl lag der Spitzensteuersatz zunächst noch bei 56 Prozent, später dann bei 53 Prozent, Kanzler Schröder senkte ihn dann erst auf 48,5 Prozent und dann sogar auf 42 Prozent.

Eine weitere Ungleichbehandlung stellt die sogenannte "Abgeltungssteuer" dar. Mit ihr werden Kapitalerträge pauschal mit 25 Prozent besteuert – also mit deutlich weniger als Erträge aus Erwerbstätigkeit. Warum? Allein die Senkung des Spitzensteuersatzes kostete den Staat 60 Milliarden € im Jahr.

Und wie wurde das aufgefangen? Wer stopft die Löcher? Richtig! Otto Normalverbraucher, z. B. durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent. Und wer gestaltet die Steuergesetzgebung passend? Es sind die Hinterbänkler im Bundestag, die wiedergewählt werden wollen. Sie werden massiv von den Lobbyisten der Vermögenden bearbeitet, damit sie deren Interessen bedienen. Diese wiederum rühren erfolgreich an den Emotionen

Der muss man den Eindruck vermitteln, dass die oberen Schichten die Elite der Gesellschaft bilden. Diese Vorstellung wird dadurch stabilisiert, dass man die Angehörigen der Unterschicht missachtet und Befriedigung darin erlebt, andere unter sich zu wissen. Dann fühlt man sich als Leistungsträger, dem der Weg in die Oberschicht offen steht.

## Warum sich nichts ändert

Dass Bildung den Zugang zu den Fleischtöpfen des Reichtums öffne, gehört zu den weit verbreiteten Trugschlüssen im Lande. Noch nie waren Arbeitnehmer/innen so gut ausgebildet wie heute – noch nie sanken die Reallöhne wie in den letzten zehn Jahren. Also hat das Wachsen des Einkommens mit der Höhe des Bildungsniveaus wenig zu tun.

Bildung hat freilich ein Doppelgesicht: Man braucht sie, um nicht abzustiegen. Tatsache dagegen ist, dass die Herkunft wichtiger ist als die Ausbildung. Die meisten Manager stammen aus der Oberschicht. Eigene Leistungen sind in diesem Club nicht erheblich. Selten kommt es vor, dass man von da absteigt. Aber warum fällt es keinem auf, dass es echten Aufstieg kaum gibt?

## Auf dem Weg zu einem Green New Deal

Gibt es denn überhaupt Ansätze, die dafür sorgen, dass die Gerechtigkeit ein wenig mehr Platz greift? Ulrike Herrmann hält den New Deal Franklin D. Roosevelts, des US-amerikani-

schen Präsidenten der 1930er Jahre, für einen Weg. Durch eine Regulierung des Bankensystems, insbesondere des Wertpapierhandels, drastische Steuererhöhungen, die Einführung von Mindestlöhnen – die für eine höhere Produktivität sorgten – erreichte er die Teilhabe von mehr Bürgern am Einkommenskuchen und steigerte so die Nachfrage.

Ulrike Herrmann sagt, der Kapitalismus könne ohne einen starken Staat nicht leben. Die Parteien führten aber nicht mit dem politischen Ziel, eine Balance in der Gesellschaft herzustellen. Sie folgten vielmehr ihren Wählern. Wenn eine Mehrheit der Bevölkerung nach einer Atomkatastrophe den Ausstieg will, dann richten die Parteien sich danach. Wie sieht also ein „Fukushima in der Steuerpolitik“ aus? Wann richten sich Politiker nach der Meinung der Bevölkerung, wie es Angela Merkel mit der Energiewende nach dem verheerenden Unfall in Japan praktizierte?

Wenn die Mittelschicht „Gerechtigkeit“ zu ihrem Thema macht, dann wird es eins! Warum konnte die Vermögenssteuer abgeschafft werden? Weil das Bundesverfassungsgericht eine zu unterschiedliche Bewertung von Geld- und Sachwerten feststellte: Die Bewertung von Grundbesitz stammte noch aus dem Jahr 1936.

Selbstverständlich hätte man auch eine verfassungskonforme Vermögenssteuer einführen

können. Wie könnte ein "Green New Deal" aussehen? In einer begrenzten Welt kann man nicht unendlich wachsen. Der Journalist Thomas L. Friedman am 19. Januar 2007 den Begriff „Green New Deal“, angelehnt eben an den New Deal. Eine solche Neuverteilung der Karten brauche es nun auch im Energiebereich, um den Herausforderungen des Klimawandels und der Endlichkeit der fossilen Brennstoffe zu begegnen.“ (zitiert nach Wikipedia). Also: Wenn die Einkommen besser verteilt würden, würde das die Nachfrage beleben, da die Reichen ihr Geld kaum ausgeben.

Ulrike Herrmann: Nur Gesellschaften, die egalitär sind, sind in der Lage, Umweltschutz durchzusetzen. Wo Arm und Reich weit auseinander sind, lässt sich das nicht machen – siehe USA. Nur Gesellschaften, die egalitär sind, leisten in erheblichem Maße Entwicklungshilfe; nur sie verhindern, dass Jugendliche kriminell werden. Nur eine gerechte Gesellschaft ist politikfähig.

Sind soziale Kämpfe der Motor des Fortschritts? Die Einführung der Hartz IV-Gesetzgebung, die einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I erheblich verkürzte, war ein grausamer Akt, so die Journalistin. Tatsächlich waren auch die Grünen überzeugt davon, dass es richtig sei, den Spitzensteuersatz zu senken und Arbeitslosengeld zu kürzen. Gleichwohl: Phantasie und Kreativität werden wohl eher freigesetzt, wenn man nicht unter den Einschränkungen von Hartz IV leben muss.

Gewinne und Kapitalerträge sollten wie ein Einkommen versteuert werden, nicht mit maximal 25 Prozent. Die Einführung von Minijobs war ein Wahnsinn! Dass es einen Mindestlohn braucht, scheint noch nicht in allen Köpfen angekommen zu sein.

Eine mögliche Lösung kann heißen: Weg von dem Wachstumswahn in unserer endlichen Welt. Schrumpfen ist eher das Gebot des Jahrhunderts! Und das kann Kapitalismus nicht.

# Sekundarschule - Was bleibt zu tun?

Im Sommer wird die Sekundarschule Telgte ihre Arbeit aufnehmen. Die Hürde der 75 Anmeldungen hat die Schule – wie es hieß „fast spielend“ – genommen. Damit hat Telgte den ersten Schritt hin zu einer zukunftsfähigen Schullandschaft geschafft.

Manche mögen bedauern, dass es Haupt- und Realschule nicht mehr geben wird, andere, dass nicht auch das Gymnasium ausläuft und statt einer Sekundarschule eine Gesamtschule geschaffen wurde.

Beides wäre aber keine Alternative gewesen: Die Hauptschule – und damit ist nicht die Clemenschule in Telgte gemeint, sondern die Hauptschule als Schulform in Deutschland – hat einen schlechten Ruf. Sie mag ihn nicht verdient haben, aber es dient niemandem, diesen Ruf zu leugnen. Selbst mittelfristig wäre sie bei sicherlich weiter sinkenden Schülerzahlen nicht mehr zu halten gewesen. Die Realschule hat ebenfalls mit zurückgehenden Anmeldungen zu kämpfen und ist gerade noch zweizügig. Eine zweizügige Realschule hat ihren Schülerinnen und Schülern wenig Differenzierungsangebote zu machen.

Wäre die Schaffung einer Gesamtschule eine Alternative gewesen? Gesamtschulen müssen bei ihrer Gründung vierzünftig sein und die Vierzügigkeit für mehrere Jahre sicherstellen. Das wäre nur möglich gewesen, wenn man das Gymnasium auslaufend aufgelöst hätte, ein Gymnasium mit hohen Anmeldezahlen. Selbst wenn man davon ausgeht, die Schulaufsicht hätte diese Lösung genehmigt – was äußerst unwahrscheinlich ist – was wäre die Folge gewesen? Zwar

hätte man nach wie vor in Telgte Abitur machen können, allerdings nur nach 9 Jahren, denn so lange dauert es in der Gesamtschule. So sehr das als „Turboabitur“ verschriene G8 von manchen Eltern abgelehnt wird, es gibt sicherlich auch genügend Eltern, die auf diesen kürzeren Weg zum Abitur für ihre Kinder nicht verzichten möchten. Solche Kinder hätten also Telgte verlassen, um zum Beispiel in Münster ein Gymnasium zu besuchen.

Prof. Rösner, der die Schulentwicklungsplanung in Telgte erarbeitet hat und der sicherlich nicht als Gegner von Gesamtschulen bekannt ist, hat darauf hingewiesen, dass die Schließung von Gymnasien immer den Schulfrieden stört. Eine Schließung des äußerst beliebten Telgter Gymnasiums hätte sehr wahrscheinlich zu starken Elternprotesten geführt, die wiederum einer dann geschaffenen Gesamtschule von vornherein geschadet hätte.

Insgesamt also: Die Sekundarschule, in der auch nach gymnasialen Standards unterrichtet wird und in der die Schülerinnen und Schüler nach 9 Jahren das Abitur ablegen können, ist die richtige Wahl für Telgte. Die Gründung der Sekundarschule ist aber erst der erste Schritt. Das Bildungsversprechen der Sekundarschule umzusetzen bleibt eine Aufgabe, die noch zu lösen ist.

Was bleibt zu tun? Hier einige Stichpunkte für ein erfolgreiches Ausbauprogramm der neuen Telgter Sekundarschule:

## 1. Schafft Raum für eine moderne Pädagogik!

Die Sekundarschule setzt ausdrücklich auf eine Pädagogik der individuellen Förderung und Differenzierung. Dies

erfordert den entsprechenden (Schul)raum und die entsprechende Ausstattung. Lehren und Lernen sollte den Raum bestimmen und nicht umgekehrt. Dazu gehört das flexible Klassenzimmer, das je nach Lernsituation umgebaut werden kann, eine technische Ausstattung, die modernen Anforderungen genügt, Räume, in denen Schülerinnen und Schüler in Gruppen zusammen arbeiten können, Räume, in denen sie sich gerne aufhalten und in denen sie gerne lernen.

## 2. Schafft eine Atmosphäre, die den Ganzttag nicht (nur) zur Pflicht, sondern auch zur Freude macht!

Ganzttag ist nicht nur ein Betreuungsangebot, das den Eltern eine Vollzeitberufstätigkeit ermöglichen soll, indem es die Kinder bis in den Nachmittag an der Schule hält. Ganzttag ist Teil der Pädagogik der Sekundarschule und umfasst nicht nur das ganztägige Lernen von Unterrichtsstoff, sondern auch die Mittagspause oder die Arbeitsgemeinschaft. Kinder, die den ganzen Tag an der Schule verbringen, möchten dies nicht in Aufenthaltsmöglichkeiten tun, die in Reih und Glied stehen. Es muss auch Möglichkeiten geben, sich zurückzuziehen und in kleinen Gruppen zusammenzusitzen. D.h. Sitzmöglichkeiten sollten nicht nur in den Klassenzimmern zur Verfügung stehen.

Im Übrigen: Auch Schule kann bunt sein. In einer Schule, in der nicht das uns allen bekannte Grau vorherrscht, lässt sich der Ganzttag ganz anders an!

## 3. Erfüllt die versprochene Zusammenarbeit mit dem Gymnasium mit Leben!

In der Konzeption der Sekundarschule ist eine enge Koope-

ration mit dem Gymnasium vorgesehen.

Um das erklärte Ziel der Sekundarschule zu erreichen, auch Kinder ohne Gymnasialempfehlung zum Abitur zu bringen, wird eine punktuelle Zusammenarbeit nicht ausreichen. Die Zusammenarbeit von Sekundarschule und Gymnasium sollte vielmehr von vornherein auch für die Schülerinnen und Schüler sichtbar und erfahrbar werden. Dazu gehört zum Beispiel der Austausch der Lehrerinnen und Lehrer wie auch die gegenseitige Nutzung der Räume.

## 4. Nutzt die Chance der Neugründung, ein echtes „Wir-Gefühl“ am Telgter Schulzentrum zu schaffen!

Bisher waren lediglich drei Schulen in einem Zentrum untergebracht, ein echtes „Wir“ gab es jedoch nicht. Die Schaffung der Sekundarschule und die zugesagte enge Kooperation zwischen Sekundarschule und Gymnasium sollte als Chance gesehen werden, dies zu ändern und sowohl zwischen den Schülerinnen und Schülern als auch zwischen den Lehrerinnen und Lehrern der beiden Schulen ein Gefühl des „Wir am Schulzentrum“ entstehen zu lassen.

## 5. Lasst Haupt- und Realschule in Würde auslaufen!

Dazu gehört auch, dass die Schülerinnen und Schüler dieser beiden Schulen von den Neuerungen, die für die Sekundarschule geschaffen werden, profitieren können. Das gilt sowohl für die räumliche Ausstattung als auch für die pädagogischen Methoden. Es darf keinesfalls der Eindruck entstehen, dass man nur darauf wartet, bis die letzten Haupt- und Realschülerinnen und -schüler das Gebäude „endlich“ verlassen haben!

## 6. Prüft in regelmäßigen Abständen, ob die mit der Einrichtung der Sekundarschule angepeilten Ziele auch tatsächlich erreicht wurden!

Ob es gelingt, mit der Sekundarschule tatsächlich mehr Kinder als bisher das Abitur zu ermöglichen, wird erst in vielen Jahren festzustellen sein. Die Etappen auf diesem Weg können aber durchaus früher überprüft werden. Evaluiert werden sollten dabei nicht nur die Leistungen der Schülerinnen und Schüler, sondern alle Punkte, die hier aufgeführt wurden.

Ermöglichen die neuen Räumlichkeiten der Sekundarstufe die Umsetzung neuer pädagogischer Methoden? Fühlen sich die Schülerinnen und Schüler in der neuen Umgebung wohl und sind sie mit dem Ganztagsangebot zufrieden? Gelingt die Zusammenarbeit von Sekundarschule und Gymnasium? Wie sehen das die Lehrerinnen und Lehrer der beiden Schulen, wie die Eltern und wie die Schülerinnen und Schüler? Fühlen sich die Schülerinnen und Schüler der auslaufenden Haupt- und Realschulen angesichts der Veränderungen am Schulzentrum noch angemessen berücksichtigt?

Die Gründung der Sekundarschule ist nur der erste Schritt. Sie tatsächlich zu entwickeln wird Jahre dauern und sollte sorgfältig begleitet werden.

Elke Bruckner

## Ein Stadtteilauto für Telgte? Wer hat Interesse?

Vor zehn Jahren ist der Versuch bereits einmal gescheitert. Die CarSharing Münster GmbH hatte ein Fahrzeug in Telgte stationiert, welches aber im Grunde nur von einzelnen Personen genutzt wurde. Nachdem diese schließlich aus Telgte wegzog, wurde die Station aufgehoben.

Weil die Grünen in Telgte von mehreren Seiten darauf angesprochen wurden, haben sie Kontakt zu der Firma aufgenommen, um die Möglichkeit eines zweiten Versuchs zu besprechen. Es zeigte sich, dass die Geschäftsführung grundsätzlich dazu bereit ist, wenn genügend Interes-

sent/innen vorhanden sind.

Also: Wer könnte sich vorstellen mit einzusteigen? Eine gute Möglichkeit, das Zweitauto zu sparen oder, für Überzeugungstäter/innen und notorische ÖPNV-Nutzer/innen, sogar das Auto überhaupt.

Bitte einen kurzen Hinweis

an: [info@gruene-telgte.de](mailto:info@gruene-telgte.de). Wenn einige interessierte Leute zusammen kommen, organisieren wir ein Treffen. Infos über die Kosten und den Einstieg unter:

<http://www.stadtteilauto.com/>.

**bioladen**★

**Frohe Ostertage**

- mit frischen Bio-Eiern aus der Region
- mit frischem Bio-Fleisch und edlem Bio-Fisch
- mit frischem Bio-Gemüse
- mit feinstem Bio-Eis
- mit erlesenen Oster-Tees und weiteren Geschenk-Ideen fürs Osternest.

**KORNBLUME**  
NATURKOSTMARKT

Telgte, Schleifsteige 15 - 17  
Telefon 0 25 04/ 15 65  
durchgehend geöffnet

## Zukunftsfähige Grundschule für Westbevern

Fortsetzung von Seite 1

änderten Vorlage des Schulträgers. Auf die Festschreibung der Einzigigkeit wurde verzichtet. In der Sitzung des Schulausschusses wurde dann ein einstimmiger Beschluss gefasst, Entscheidungen bezüglich der Christophorus-Grundschule nicht vor dem ersten Quartal 2015 zu treffen. Dann liegen Prognosen

für die einzuschulenden Kinder der Schuljahre 2019/20 und 2020/2021 vor. Die Grundschule in Westbevern bleibt erhalten. Dies ist der Wille der Verwaltung und aller politischer Parteien in Telgte. Die Zusammenführung an einem Standort allerdings, von den Pädagogen gewünscht, wird später erfolgen als geplant.

Dann war da noch das 8.

Schulrechtsänderungsgesetz. Es hat Auswirkungen auf die Grundschullandschaft in Telgte. Im Überblick und in Auszügen: -Absenkung der Mindestgröße von Grundschulen auf 92 Kinder. -Eingangsklassen mit weniger als 15 und mehr als 29 Schülerinnen und Schülern sind unzulässig. -Die Klassen werden kleiner. Der Klassenfrequenzwert sinkt von 24 auf 22,5.

-Die kommunale Klassenrichtzahl bestimmt die Anzahl der Eingangsklassen in einer Kommune. -Klassenrichtzahl = Anzahl der einzuschulenden Kinder in den Eingangsklassen geteilt durch 23.

Die kommunale Klassenrichtzahl bestimmt also die zu bildenden Eingangsklassen aller Grundschulen in Telgte. Sie liegt bereits zum Schuljahr 2013/14 bei sieben,

2014/15 noch einmal bei acht, in den Folgejahren fällt sie dann auf sieben Eingangsklassen zurück. Die Eingangsklassen in den künftigen Jahren sinnvoll auf die 4 Telgter Grundschulen zu verteilen, ist ein große Herausforderung und verlangt das Mitwirken aller Beteiligten.

m.k.

## Zur baulichen Erweiterung der Don-Bosco-Schule

Die bauliche Erweiterung von Schulen in Zeiten abnehmender Schülerzahlen ist immer ein zweischneidiges Schwert. Es ist jetzt schon klar, dass wir in wenigen Jahren zu viele Klassenräume in Telgte haben werden.

Problematisch ist allerdings die Verteilung der Räumlichkeiten. Im Telgter Süden gibt es mit der Don Bosco Schule und der Marienschule zwei gut ausgestattete Schulen. Während die Marienschule die Möglichkeit bietet in jedem Jahr drei Eingangsklassen zu bilden besteht an der

Don Bosco Schule ohne bauliche Erweiterung bei erweiterten Anforderungen in Zukunft nur die Möglichkeit einer Einzigigkeit.

Um aber die in den nächsten Jahren zu erwartenden SchülerInnen aufnehmen zu können, kommen wir um eine vorsichtige Erweiterung der Schule nicht herum. Eine Möglichkeit wäre, den vorhandenen Keller der Schule, der gegenwärtig von den Sportschützen der St. Anna Bruderschaft genutzt wird, so umzubauen, dass er sich für Betreuungsangebote eignet.

Diese werden eine dauerhafte Aufgabe sein und somit nicht nur vorübergehend Räume binden.

Unsere Haltung ist also klar: Die Don Bosco Schule benötigt eine bauliche Erweiterung, und die muss in erster Linie den Anforderungen entsprechen und wirtschaftlich vertretbar sein.

Nach dem Stand der Dinge scheint ein Umbau des Untergeschosses gegenüber einer Container-Lösung als die bessere Maßnahme.

u.s.

## Planung oder Willkür?

Alle Jahre wieder zeigt sich den Telgter Bürgerinnen und Bürgern am Ende des Winters das gleiche Bild: Im Auftrag von Privatpersonen sowie der Stadt Telgte werden an verschiedenen Orten Bäume gefällt.

Besonders auffällig ist, dass diese Aktionen häufig am Samstag stattfinden, so dass besorgte BürgerInnen in der Stadt keinen Ansprechpartner für ihre besorgten Nachfragen finden.

Grund für diese Aktivitäten gegen Ende Februar ist das generelle Fällverbot zwischen dem 1. März und dem 30. September. Daher müssen für Bauvorhaben, die im Laufe des Jahres begonnen werden, bereits frühzeitig die Vorbereitungen - in diesem Fall das Fällen der Bäume auf dem Baugelände - durchgeführt



werden. Dagegen ist zunächst nichts einzuwenden. Dennoch ist es wünschenswert, dass zumindest seitens der Verwaltung eine umfassende Darstellung der Hintergründe der einzelnen Maßnahmen im Vorfeld erfolgt. Mit einem

solchen Dialogangebot könnten eventuelle Einwände seitens der Bürgerschaft gegebenenfalls noch vor Schaffung endgültiger Fakten berücksichtigt werden.

Von einer besonderen Form von Gedächtnisverlust zeugt wohl die Kritik einzelner Ratsfraktionen an den jüngsten Baumfällaktionen, die zur Vorbereitung des Feuerwehrgeräteshauses bzw. des Satellitenstandortes durchgeführt wurden. Schließlich sollte insbesondere den mit diesen Angelegenheiten Rats- und Ausschussmitgliedern die Hintergründe dieser Maßnahmen geläufig sein. Vielleicht aber ist die Kritik dann doch eher ein plumper Angriff auf den grünen Bürgermeister und weniger echte Sorge um die betroffenen Bäume.

p.s.



- Photovoltaik
- Thermische Solaranlagen
- Pelletheizungen
- Prüfung von Solaranlagen

• Verkauf • Beratung • Planung • Montage •

W. Schneider-Reif      Tel.: (02582) 9022 16  
 Kamenzstraße 8      Fax: (02582) 9021 65  
 48351 Everswinkel      www.solar-konzept.net

## Grüne News aus Telgte

Jede Woche aktuell und auf den Punkt!

Kostenlos per E-Mail.

Anmeldung unter [gruenewelle@gruene-telgte.de](mailto:gruenewelle@gruene-telgte.de)





Reisen mit:

- ✓ Fachpflege rund um die Uhr
- ✓ Mobilitätshilfe
- ✓ 1:1 Betreuung

Fordern Sie unseren Prospekt an oder informieren sich im Internet:

Urlaub & Pflege e.V.  
 Voßhof 10  
 48291 Telgte

Tel.: 02504 – 73 96 043

Mail: [post@urlaub-und-pflege.de](mailto:post@urlaub-und-pflege.de)  
 Home: [www.urlaub-und-pflege.de](http://www.urlaub-und-pflege.de)



Die Telgter Grünen wünschen Frohe Ostern!

